

KAB-Sozialtag 2005

# Fürsorger, Polizist oder Gemeinschaft

Welcher Staat und wie viel Steuern machen Sinn? *Von Theo Bühlmann*

Sei es beim Haushalt, beim Sozialen oder im Umgang mit Arbeitslosen, immer wieder geht es um die Frage: Was muss der Staat leisten? Und was soll er lassen? Mit diesen Begrüßungsworten eröffnete Hedy Jäger, Leiterin des Ressorts *Soziales und Politik*, am 10. Januar den zwanzigsten Sozialtag der KAB. Mit rund 90 Interessierten erfreute sich dieser Jubiläumsanlass im Pfarreizentrum Goldau einer regen Teilnahme. Als prominenten Gast und Referenten stellte sie alt Regierungsrat Franz Marty vor. Er war Finanzdirektor des Kantons Schwyz und amtiert heute als Präsident des Verwaltungsrates der Raiffeisen-Gruppe.

## Verunsicherung

Mit dem Schlagwort «weniger Staat!» wendet man sich seit Jahren gegen immer neue Gesetze, Bürokratie, Gebühren und Steuern. Gleichzeitig erheben andere den Mahnfinger: «Stopp dem Sozialabbau!». Weil Defizite und Schulden von Bund und Kantonen wachsen, befürchten viele, der Staat werde allmählich «zu Tode gespart». Kontroverser geht es nicht, meinte Franz Marty einleitend in seinem Referat: «Einerseits spüren die Leute, dass der Staat und seine Leistungen tatsächlich mehr kosten. Hö-

## > Zu grosse Staatsabhängigkeit widerspricht menschlicher Würde. <

here Prämien für die Krankenversicherung, die Lohnabzüge oder die Prozente für die Mehrwertsteuer beweisen es. Andererseits entsteht der Eindruck, der Staat baue Personal und Leistungen ab und um die soziale Sicherheit sei es in Zukunft schlechter bestellt.» Marty stellte fest, dass weite Teile der Bevölkerung verunsichert sind. Und das Misstrauen gegenüber dem Staat, der je nach Ansicht aufgebläht oder abgespeckt wird, könne nicht leicht beseitigt werden. Auch nicht durch Statistik. Denn je nach politisch motivierter



Bild: Theo Bühlmann

Definition beträgt in der Schweiz die Staatsquote zwischen 35 und 50 Prozent des Bruttoinlandprodukts. «So unglaublich es klingt, niemand weiss genau, wer im Staat Schweiz wie viel und wofür bezahlt. Die mangelnde Transparenz ist Ausdruck dafür, wie komplex die Aufgaben und Zuständigkeiten des Staates geworden sind.»

## Grundaufgaben einst

Im 19. Jahrhunderts hatte sich der Staat auf wenige Grundaufgaben wie militärische Verteidigung, Justiz, Schutz von Personen und Eigentum konzentriert. Damals wurde ein Steueraufkommen bis 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes als normal angesehen. Mit fortschreitender Industrialisierung erweiterten die Staaten ihre Zuständigkeiten. Franz Marty erinnerte an die Fabrikgesetze in der Schweiz: Eine wachsende Arbeiterschaft lebte in Not und ohne Da-

seinsvorsorge. In diesem Kontext forderte auch die kirchliche Soziallehre den Staat auf, zugunsten der Arbeiter schützend einzugreifen (Leo XIII. 1891). Bemerkenswert findet Marty, dass die Kirche schon damals warnte, staatliche Eingriffe nicht so weit zu treiben, dass sie Selbsthilfe verdrängen. «Mit Sicherheit überschreitet der Wohlfahrtsstaat, wie er heute existiert, die damaligen Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit.»

## Vom Segen zur Last

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1930-er-Jahre stiegen die wirtschaftliche Bedeutung des Staates und seine Ausgaben stetig. Dazu gehörte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die Menschen gegen Krankheit, Invalidität und Alter abzusichern und ihnen ein soziales Auffangnetz zu bieten. In den letzten drei Jahrzehnten wurde der Einfluss des Staates auf die

Gesundheit, die Bildung und den Verkehr massiv ausgeweitet. 30 Prozent unserer Wertschöpfung werden heute dazu verwendet, uns gegen die Risiken von Krankheit, Unfall und Alter abzusichern. Weil im Kontrast dazu das Wirtschaftswachstum abgeklungen ist, wird der Wohlfahrtsstaat immer mehr als Last statt Segen empfunden. «Die Leute sind viel reicher geworden, sie arbeiten weniger, sie haben mehr Ferien, reisen mehr, leben länger und sind gesünder. Aber sie sind – wie empirische Untersuchungen zeigen – nicht glücklicher geworden». Dem Staat mangelt es heute an Akzeptanz, findet Franz Marty, weil sein Einfluss zu stark geworden ist. Der Staat habe die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit überschritten. Aber auch seine territoriale Bedeutung schwindet, weil die globale Kommunikation, Mobilität und

> Fortsetzung Seite 8

# Freiheit *und* Gleichheit?

*TBü.* Als zweiter Referent (siehe Beitrag Seite 9) erläuterte der Theologe und Leiter des KAB-Sozialinstituts, Thomas Wallimann, die christliche Option für die Benachteiligten: Wer kommt zu kurz? Wer sind die Gewinner des Systems? Das christliche Menschenbild ist getragen von Hoffnung und einem Erlösungsglauben, der Angst überwindet. Diesen Punkt findet Thomas Wallimann wichtig, weil die teilweise herrschende Angstmacherei Sicht und Perspektive nimmt: «Man kann sich fragen, wer ein Interesse auf gesellschaftliche Panik hat und sie schürt: Vielleicht die, welche interessiert sind, dass nicht alle gleich behandelt werden. Vielleicht die, welche froh sind, dass gewisse Sicherheitssysteme auseinander

> Angstmacherei nimmt Sicht und Perspektive. <

fallen, weil es sie billiger kommt, wenn sie allein für sich schauen können.» Christliche Ethik fordert heraus, gegen Ungerechtigkeit aufzusteigen, Leserbriefe oder dem Regierungsrat zu schreiben, gute Initiativen tatkräftig zu unterstützen oder sich für ein Engagement zu melden.

> Fortsetzung von Seite 7

die dynamischen Märkte bisherige Strukturen erschüttern.

**Soziale Sicherheit: Ja,...**

Nach dem geschichtlichen Diskurs skizzierte Franz Marty sein Staatsverständnis: Das Leben, die menschliche Integrität, die Freiheit, das Eigentum und die Familie sollten als Rechtsgüter dem Individuum und dem Staat vorgeordnet sein.

Es brauche einen Minimalkonsens über Grundwerte, auf die sich der Staat mit seiner Ordnung und seiner Tätigkeit ausrichtet: Stärkung des Friedens, Bewahrung der Schöpfung, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität. Prioritär benötigen die Zivilgesellschaft wie auch die Märkte grundlegende Regeln und Institutionen. Weil es nicht allen Menschen

**Der Teufel im Detail**

Nach einem vorzüglichen Mittagessen begab sich die KAB-Gemeinschaft in bewährter Sozialtagstradition in die Gruppengespräche. Anhand einer «Standpunktkarte» des Sozialinstituts hatten die Zuhörer zuvor beide Referate kritisch unter die



Aufmerksame ZuhörerInnen in einer Gesprächsgruppe. Bild: Theo Bühlmann

Lupe genommen. Nun zeigte sich in den Diskussionen, wie anspruchsvoll es ist, staatspolitische Überzeugungen in den konkreten Alltag umzusetzen. Der Teufel liegt wie so oft im Detail, mögen sich manche gedacht haben. Die entstandenen Fragen

gelingt, sich aus eigener Kraft zu entfalten, soll der Staat benachteiligten, in Not geratenen oder vom Schicksal getroffenen Menschen ein würdevolles Leben ermöglichen.

Damit bekannte sich Franz Marty in seinem Referat klar zu einem Staat, der für soziale Sicherheit einzustehen hat.

...aber massvoll

Der einzelne Mensch jedoch soll grundsätzlich die Verantwortung für seine Lebensgestaltung selbst übernehmen, fordert Marty. Wird der Grundsatz der Subsidiarität ernst genommen, sei Selbsthilfe und Eigenleistung dem staatlichen Eingreifen vorzuziehen.

«Leider wird diese Grenze in den letzten Jahrzehnten nicht mehr eingehalten. Vor allem ist es bedauerlich,

wurden gesammelt und von Nicola Bucher aus dem KAB-Ressort *Frauen* in die Podiumsdiskussion getragen.

**Balance**

Dort war eine zentrale Fragestellung: Wie kann eine gute Balance zwischen Freiheit und Gleichheit erreicht wer-

den? Staatliche Leistungen sollten Gleichheit nur bei den Starthilfen garantieren, fand Franz Marty, aber Gleichheit im Ergebnis überfordern den Staat. «Denn was Menschen aus ihren Fähigkeiten machen, ist von persönlicher Entscheidung und Mo-

gesehen werden. Ein Staat, der nicht überfordert wird und sich auf das Wesentliche konzentriert, gewinne an Stärke und Akzeptanz. Er werde bezahlbar, weil die Last der Gebühren und Steuern ein tragbares Mass nicht überschreitet. Darum sollten tiefe und mittlere Einkommen nicht überbelastet werden, damit der Anreiz zur Eigenständigkeit und zur Selbsthilfe erhalten bleibt, konkretisierte Marty: «Wer durch besondere Leistungen ein hohes Einkommen und Vermögen erzielt, soll durchaus mehr Steuern bezahlen, darf aber nicht überfordert und zur Umverteilung missbraucht werden. Sonst erlahmt der Leistungswille, sinkt die Investitions- und Risikobereitschaft, blüht eine Schattenwirtschaft auf oder wird Kapital in die Flucht getrieben.»

«Solche Gleichmacherei schadet dem Gemeinschaftswesen.» Ist dies letztlich nicht eine Frage der Balance?, gab Podiumsleiter Michael Grüniger die Frage zurück an Thomas Wallimann: «Es braucht ein Mindestmass an Geld, damit man anständig leben kann. Sonst kann man lange von Selbstverantwortung reden. Es geht einfach nicht.» <

Wir müssen über diese Schwächen sprechen, betonte der Referent am Sozialtag, solche Kritik sollte nicht sofort als Angriff auf den Sozialstaat

«Motivation abhängig.» Thomas Wallimann stimmte zwar zu, dass man Leute vermehrt zur Selbsthilfe ermutigen sollte, «aber denjenigen, die zu kurz kommen, einfach nur zu sagen ‚helft Euch selber‘, das geht nicht».

Als Sozialinstitutsleiter kritisiert er Unternehmen, die bei Angestellten sparen, um Umsatz und Gewinn zu steigern und ihre Aktionäre und Manager zu belohnen.

Es sollte über Maximallöhne debattiert werden, schlug Thomas Wallimann vor. Ab einem gewissen Einkommen findet er auch 70 Prozent Steuerbelastung angemessen, weil «wirtschaftliche Leistungen immer sozialpflichtig sind, da sie Beträge anderer und der Gemeinschaft beinhalten».

Dann gehe ein Unternehmer am Freitag aber nicht mehr arbeiten, entgegnete Marty, seine Initiative und Risikobereitschaft würden beschnitten. «Solche Gleichmacherei schadet dem Gemeinschaftswesen.»

Ist dies letztlich nicht eine Frage der Balance?, gab Podiumsleiter Michael Grüniger die Frage zurück an Thomas Wallimann: «Es braucht ein Mindestmass an Geld, damit man anständig leben kann. Sonst kann man lange von Selbstverantwortung reden. Es geht einfach nicht.» <



# «Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist»

Aus christlich-ethischer Perspektive sind Steuern eine soziale Angelegenheit. Von Theo Bühlmann

«Gebt dem Kaiser...», unter diesen Titel stellte Thomas Wallimann sein Referat zum Thema Steuern und Eigenverantwortung. Kapitel 12, Verse 13–17 des Markusevangeliums liefert dazu brisante Aussagen. Der gegen Machthaber kritische Jesus wurde von vielen als Sympathisant der Zeloten gesehen, welche die Römer aus dem Land haben wollten. Sie fanden, man dürfe keine Steuern zahlen, weil sie die Besatzungsmacht stützten. Auf der andern Seite standen die Pharisäer, die sich mit den Römern arrangiert hatten. Sie gehörten zum Establishment und profitierten – im Gegensatz zu den Armen.

## Haben oder Sein?

Jesus war im Dilemma: Er konnte nicht *gegen* Steuern sprechen – aber auch nicht *dafür*, sonst hätte es geheißen: seht, er ist ein Zelot bzw. ein

Die Anschlussfrage lautet: Wer ist eigentlich der Mensch? Im Gottes- und Menschenbild sieht Wallimann eine Weichenstellung: Drehen sich meine Anstrengungen um das *Haben*, um Besitz und Macht (Zeloten)? Oder

## > Der Staat soll für Freiheit und Gleichheit sorgen. <

bin ich ein Mensch, der sich im *Tun*, mit Leistung «bis zum Umfallen» seinen Selbstwert und gesellschaftlichen Einfluss sichert (Pharisäer). Die Botschaft Jesu hingegen spricht vor allem das *Sein* des Menschen an. Diese unterschiedlichen Perspektiven prägen unser Verständnis und Verhältnis zum Staat.

rende Wirtschaftsdenken, welches auf den Staat adaptiert wird. Es stellt den Menschen als *Konsument und Kunde* dar. Der Staat wird zum Marktplatz und Dienstleister, und Steuern werden zu einem Preis, für den ich Leistungen haben will. Je mehr ich «hineinbuttere», desto bessere Konditionen: So entstehen Steuerparadiese für Reiche. Als zweites Verhältnis stellte Wallimann dasjenige des *Patienten und Bedürftigen* gegenüber: Der Staat wird zum Pfleger oder Fürsorger, von dem ich eine gewisse Zuwendung erhalte, ohne dafür viel zu tun. Der Staat wird als «Vollkaskoinstitution» betrachtet, für dessen Versicherungsleistung ich Prämie (Steuern) zahle. Die beiden «Bilder» seien gar nicht so weit voneinander entfernt; beide delegieren die Gemeinschaftsverantwortung dem Staat, betonte Thomas Wallimann.

idee des aufgeklärten Bürgertums her – für Gleichheit sorgen. «Dann kann man Leute nicht einfach als Bittsteller oder Kunden behandeln, sondern muss diejenigen stärken, welche wenig haben, damit sie handlungsfähig sind.» Im Gegensatz dazu strebe das Wirtschaftsmenschenbild keine Gleichheit an, erklärte der Referent: «Es lebt davon, dass wir Konkurrenten sind, die einander «ausstechen». Das Verrückte ist: Es wird automatisch davon ausgegangen, dass das jeder will und dadurch gewinnt. Obwohl wir wissen müssten: das geht nicht.»

## > Eine Schwangerschaft dauert neun Monate. Ökonomen hätten sie längst auf zwei Wochen gekürzt. <

## Zeit für Visionen

Als mündige BürgerInnen gestalten wir Gesellschaft aktiv mit, entwickeln Vorstellungen und Visionen unserer Zukunft, die differenzierter sind als Wachstumsdenken. Es geht darum, die Regeln im Staat mitzugestalten. «Soziale Gerechtigkeit ist eine Tugend des Herzens, die nicht automatisch in die Systeme und Strukturen des Staates eingeht: Nach welchen Regeln soll Gerechtigkeit – wie und für wen – funktionieren?» Wallimann ermutigte zum Selberdenken und forderte seine ZuhörerInnen auf, für ihre Überzeugungen einzustehen.

Verantwortung übernehmen können zwar nicht alle Menschen gleich gut. Umso mehr gelte es einander zu helfen und einander im Vertrauen zu unterstützen. Als Kunde sieht das anders aus: Man muss misstrauisch sein, um nicht übers Ohr gehauen zu werden.

«Gesellschaftliche Visionen setzen einen anderen Umgang mit der Zeit voraus», sagte Thomas Wallimann, «und ich bin froh, dass die politischen Mühlen manchmal so langsam mahlen. Im Gegensatz dazu ist das Marktdenken äusserst kurzfristig.» <



Die Referenten des Sozialtages, Thomas Wallimann und Franz Marty, während dem Mittagessen.

Bild: Theo Bühlmann

Pharisäer! Er sagte, es gehe gar nicht darum, wem wir Steuern zahlen, sondern wem gegenüber wir letztlich loyal sind. Kreist unser Glaube um Geld, Wirtschaft, Staat, Bank, Fun, Sport – oder glauben wir an Gott?

## Kunde, Bedürftiger oder Partner?

Zusätzlich gibt es heute drei verschiedene «Vorbilder» für das Staatsverständnis. Als erstes nannte Thomas Wallimann das heute dominie-

«Ich betrachte mich jedoch als *Mitbeteiligter und Partner*. Ich will ernst genommen werden als Bürger, der das Staatswesen mitträgt.» Aus dieser dritten Optik soll der Staat für Freiheit und ebenso – von der Grund-